



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 11. 12. 2016

Inhalt

Humboldt oder McKinsey?	1
Pisa und der heimliche „Wochenplan“	4
Deutschresultate der PISA-Studie macht Schulreformer sprachlos	5
Trojaner aus Berlin: Der „Digitalpakt#D“	5
Eine Maßnahme zur Verdummung	7
Lehrplan 21: Apple steht in den Startlöchern	8
Wozu wissen? Lieber googeln!	9
EVP- Delegierte sagen ja zur Volksinitiative für nur eine Fremdsprache an der Primarschule	11
Elegant ausgeblendete Lehrplankritik	12
«Die Opposition dürfte noch erheblich wachsen»	13

Humboldt oder McKinsey?

Journal 21 24.11.2016, von Carl Bossard

Der Lehrplan 21 sei nichts weniger als ein Paradigmenwechsel, sagen die einen. Die anderen wiegeln ab: Es ändere sich nichts. Was gilt nun? Eine Aussensicht.

Ein bewährtes Rezept: Wer das Neue propagieren und verkaufen will, karikiert und diffamiert das Alte. Genau so macht es der Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz, der Schaffhauser Christian Amsler, mit dem Lehrplan 21 und dem bisherigen Unterricht. „Früher wurde schlicht etwas ‘durchgenommen’“, stellt er lapidar fest. Heute dagegen würde mit den Kompetenzen „das Zusammenwirken von Wissen, Können und Wollen“ geschult, betont er voller Euphorie.(1)

Früher passives, heute aktives Lernen

So einfach geht das. Man konstruiert einen plakativen Gegensatz und stellt den Status quo typischerweise so schlimm wie möglich dar: Bis heute nahm man etwas durch; in Zukunft schule man endlich Kompetenzen. Auslöser sei der Lehrplan 21. Er führe von der alten zur neuen Schule, vom verstaubten zum zeitgemässen Unterricht. So mindestens lässt sich Amslers Statement deuten. Sein salopper Satz setzt ganze Generationen gewissenhafter Lehrerinnen und Lehrer unter Generalverdacht.

Mit seiner Aussage steht er nicht allein. Vor einiger Zeit war in der Zeitschrift ph-Akzente der Pädagogischen Hochschule Zürich zu lesen: „Während Lernen in der Schule früher oft die passive Übernahme von passivem Wissen bedeutete, geht es im Unterricht heute um

die aktive Auseinandersetzung mit Lernzielen und Lerninhalten.“ Auch hier eine unselige Dichotomie: früher passives Konsumieren von Stoff – heute (endlich) aktives Lernen und Konstruieren.

Das Modewort „Kompetenz“

Diese „früheren“ Pädagogen fragen sich zu Recht, ob sie mit ihren fertigungsorientierten Lernzielen nicht auch Können geschult hätten – und sie fragen vielleicht weiter, warum von einem Paradigmenwechsel die Rede sei und was der Lehrplan 21 mit seinen Kompetenzen wirklich Neues bringe. Nicht umsonst seien Einführungen in den Lehrplan 21, so der Originalton von der Basis, oft verlorene Zeit – und für die Kantone wohl verlorenes Geld.

Das Wort „Kompetenz“ bedeutete früher einmal „Zuständigkeit“. Doch in der Zwischenzeit wurde es als betriebswirtschaftlich-erziehungswissenschaftlicher Doppelbalg zum geschwollenen Ersatzwort für „Können“ und verkam zu einem „Schlagwort“. (2) Jürgen Oelkers, emeritierter Zürcher Ordinarius für Pädagogik, gibt zu bedenken: Der Modebegriff „Kompetenz“ muss heute „für alles herhalten, was irgendwie innovativ klingt und doch selten das traditionelle Begriffspaar „Wissen und Können“ übersteigt.“ (3)

Verzettelung

Zuerst kannte die Pädagogik nur drei Kompetenzen: die Sozial-, die Methoden- und die Selbstkompetenz. Dann kam noch die Sachkompetenz dazu. Und weil das Wort Kompetenz eben alles meint und damit eigentlich nichts aussagt, muss es aufgesplittert werden in verschiedene Teilkompetenzen. Darum umfasst die zweite Fassung des Lehrplans 21 auf 470 Seiten 363 Kompetenzen, unterteilt in über 2300 Kompetenzstufen.

Der Homo sapiens wird so zum Homo competens. In der Folge gibt es eigentlich nichts mehr, wozu wir nicht kompetent gemacht werden können: Teamkompetenz, interreligiöse Kompetenz, Neugierkompetenz, Stresskompetenz, Darstellungskompetenz, Unterstreichkompetenz, Hilfe-Aannahme-Kompetenz usw. usf.

Probleme lösen können

Als Vater des heutigen Kompetenzbegriffes gilt Prof. Franz E. Weinert, Gründungsrektor des Max-Planck-Instituts für psychologische Forschung in München. Viele Wissenschaftler haben seine präzisen Ideen allerdings verdreht und verwässert. Weinert wollte die Schule wegbringen von einer oft einseitigen Dominanz des Wissens. Fähigkeiten fördern und schulen, das war seine Devise: Junge Menschen müssen Probleme lösen können. Dazu brauchen sie Wissen, Willen und Motivation.

Es ist die alte Erkenntnis, die pflichtbewusste Lehrerinnen und Lehrer immer gelehrt hat: Man muss etwas wissen, man muss etwas können, und beides zusammen soll junge Menschen besser denken und handeln lassen. Darin enthalten sind die

„drei grossen G“: Grundkenntnisse, Grundfertigkeiten und Grundhaltungen. Diese Trias kann eigentlich gar nicht veralten, weil sie so etwas wie ein Nonplusultra darstellt. Eine Art Naturgesetz – wie die pädagogischen Gesetzestafeln vom didaktischen Berg Sinai. Sie sind kurz, knapp und konkret.

Die Angst vor dem Zufälligen

Der Lehrplan 21 bringt vieles und Umfassendes. Doch die Grundskepsis bleibt: Wer so viel bringt, bringt allen etwas. Alles aber ist der Feind von etwas. Oder anders gesagt: Wenn die Fülle der Vorgaben so umfassend wirkt, werden sie im Alltag kaum Realität. Nicht umsonst meinte die Basel SP-Ständerätin Anita Fetz in der ZEIT: „Eine überambitionierte Bürokratenmaus hat einen Dokumentenberg geboren.“

Sie spricht damit aus, was nicht wenige befürchten: Die vielen Vorgaben führen dazu, dass der Wissens- und Könnensaufbau eher zufällig bleiben wird und das Systematische zu kurz kommt. Jugendliche aber brauchen kognitive Ordnungsstrukturen, Denkprozesse benötigen klare Wissensstrukturen. „Wenn man die Schule in unzählige Einzelkompetenzen zerlegt, zerfällt die Gestalt des Unterrichts irgendwann zu Staub“, gibt Ralph Fehlmann, Fachdidaktiker an der Universität Zürich, zu bedenken.

Wissen und Können verknüpfen

Realitätsbezogene Lehrerinnen und Lehrer wussten es schon immer: Können oder eben Kompetenz kann nur mit Allgemein- und Fachwissen erarbeitet werden – einem Wissen, das nicht additive Kenntnisse meint, sondern geordnetes Strukturwissen. Dazu braucht es eine klare Unterrichts- und Lehrstrategie: Wie vermittele und schule ich als Lehrer verstandenes und anwendbares Wissen? Das Reflektieren und Beschreiben des eigenen Lernprozesses, bekannt als metakognitives Denken, fördert und stärkt diese Lehrstrategie.

Ein solcher Unterricht ist nicht mit dem blossen Nachvollzug von Schulwissen gleichzusetzen. Schon immer ging es um das Verstehen, Durcharbeiten und Anwenden von Inhalten durch die Schülerinnen und Schüler, also um zunehmendes Können oder um kontinuierlich verbesserte Kompetenz. Darin liegt das Geheimnis eines lernwirksamen Unterrichts. Auch in der alten Schule. Dazu braucht es keinen Paradigmenwechsel.

Wider den Geist der Beliebigkeit

Wer allerdings den Lehrplan 21 betrachtet, erhält nicht selten den Eindruck von Beliebigkeit und Zufälligkeit. Es macht den Eindruck, als komme es in der Schule nicht so sehr auf die Geometrie, die Grammatik der deutschen Sprache, das Kreieren und Verstehen von Texten, die Geschichte unserer Herkunft als solche an, sondern

primär auf den Erwerb von Kompetenzen wie das „Lernen des Lernens“ oder das Googeln von Informationen. Das ist nicht prinzipiell falsch, aber Kompetenzen ergeben sich eben erst als Nebeneffekt intensiven Nachdenkens und Arbeitens an Inhalten. Wissen und Können entstehen nicht beiläufig, sondern als Ergebnis von Engagement. Bei einem solchen Unterricht werden Lehrer auch nicht zu Verwaltern von Kompetenzen und zu Lernbegleitern degradiert. Sie bleiben, was sie immer waren: Pädagogen.

Schule und Unterricht haben eben mehr als lediglich einen instrumentellen Sinn; sie vermitteln mehr als messbare und anwendbare Kompetenzen – mit dem kalten Kalkül ökonomischer Nützlichkeit und der Employability. Das wäre der schulische McKinsey.

Technokratischer Geist

Bildung lässt sich nicht in der Hast rascher Erledigung erwerben; sie ist mehr als fachliche Qualifikation und „Fitsein für...“. Unserem humanistischen Menschenbild entspricht es in keiner Weise, Kinder und Jugendliche in Kompetenzen zu zerlegen. Der Dekonstruktion des Menschen in Teilkompetenzen wohnt ein technokratischer Geist inne; da atmet etwas Seelenloses.

Darum müsste der Lehrplan 21 ein stärkeres Augenmerk auf die bildungsphilosophischen Ziele der Schule legen und sie humanistisch abstützen. Gerade die heutige Zeit bräuchte eine stärkere Umorientierung hin zu Werten, wie sie Wilhelm von Humboldt vertreten hat: Bildung als Kultivierung seiner selbst und als Fähigkeit umfassen der Orientierung – in einer Welt, die aus den Fugen gerät. Humboldt statt McKinsey lautet der Imperativ der Stunde.

(1) Christian Amsler, Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Lehrplan 21 – für unsere Kinder und für die Zukunft, in: ilz.ch 3/2016, S. 3

(2) Rolf Dubs, Die Defizite des Lehrplans 21, in: Schweiz am Sonntag, 2.11.2014

(3) Jürgen Oelkers (2009), Die Persönlichkeit im Lehrberuf und wie man sie bildet. Vortrag an der PH Zug, 27.10.2009, Msc. S. 9

Pisa und der heimliche „Wochenplan“

Peter Aebersold im Forum «kindgerechte Schule», 7.12.2016

Enthusiastische Medienberichte über Pisa 2015 können nicht darüber hinweg täuschen, dass die Resultate durchwegs schlechter als bei Pisa 2012 ausgefallen sind und die Schweiz von Rang 14 auf Rang 18 abgerutscht ist bzw. von anderen Nationen überholt wurde. Die dürftigen Erklärungen zu diesem Absturz sind nicht nachvollziehbar. Das Tabuthema Reformen als mögliche Ursache von Leistungsverschlechterungen wird hierzulande nicht berührt. Dabei zeigt der IQB-Ländervergleich 2015 in Deutschland, dass die besten Länder diejenigen mit am wenigsten Reformen sind: Mit seinen radikalen Schulreformen („Gemeinschaftsschule“ mit OECD-Kompetenzorientierung nach Weinert) stürzte der frühere Spitzenreiter Baden-Württemberg völlig ab. Bis die Auswirkungen von Reformen sich auf das Pisa-Ranking auswirken, dauert es gemäss Bildungsexperten ungefähr 10 bis 15 Jahre, weil das bisherige Schulsystem wie beim ehemaligen Spitzenreiter Finnland noch positiv nachwirkt.

Ein möglicher Grund für die Pisa-Verschlechterung der Schweiz kann zum Beispiel die Einführung des „Wochenplans“ sein, der mit dem „selbstgesteuerten Lernen“ fast identisch ist, das gemäss den „Grundlagen für den Lehrplan 21“ (Kompetenzorientierung nach Weinert) als „zeitgemässe Methode“ in der Deutschschweiz flächendeckend eingeführt werden soll. Die „Wochenplanschule“ wurde bei der Schule für Kunst und Sport in Zürich im Schuljahr 1989/90 erstmals eingeführt. In der Öffentlichkeit ist nicht bekannt, in wie vielen Schulstuben mit dem „Wochenplan“ seither experimentiert wird, ob es je eine unabhängige wissenschaftliche Studie über dessen Auswirkungen gegeben hat und wie viel Stoff bei den betroffenen Schülern „unter den Tisch gefallen ist“. Weil der allein gelassene Schüler beim „selbstgesteuerten Lernen“ für seine Lösung jeweils das „Rad neu erfinden“ muss, dauert es entsprechend länger und es kann in der gleichen Zeit viel weniger Stoff, als beim bewährten Klassenunterricht gelernt werden.

Beim „Wochenplan“ wie beim „selbstgesteuerten Lernen“ erhalten die Schüler am Montag einen kurzen Input und Arbeitsblätter oder youtube-Anleitungen vom „Lernbegleiter“. Bis Ende Woche müssen die Schüler diese dann in einer individuell gewählten Reihenfolge, im eigenen Arbeitstempo, allein oder teilweise in Gruppen abarbeiten. Die Hilfe des „Lernbegleiters“ soll von den Schülern möglichst wenig in Anspruch genommen und letztlich überflüssig werden. Die Schüler kontrollieren die gelösten Aufgaben selbst, indem sie am Schluss jedes Kapitels ihr Wissen mit einem Test prüfen. Durch das individuelle Lern-tempo wird die Lernstandscherre ab dem ersten Schultag immer grösser, ein Klassenunterricht wird verunmöglicht und qualifizierte Lehrer, die alle Schüler gemeinsam unterrichten können, braucht es nicht mehr und werden auch nicht mehr ausgebildet. Klassengemeinschaften werden nicht mehr gebildet und die Vereinzelung nimmt zu. (Hermann J. Forneck: Versuchsschule K und S, Beiträge und Informationen zum K+S Schulversuch, Zürich 1990).

Länder, die die OECD-Kompetenzorientierung nach Weinert eingeführt haben, sind auch beim Pisa 2015 weiter abgestürzt und können sich kaum mehr erholen. Das dürfte auch der Deutschschweiz blühen, falls sie den kompetenzorientierten Lehrplan 21 flächendeckend einführt.

Deutschresultate der PISA-Studie macht Schulreformer sprachlos

Es schleckt keine Geiss weg, dass die Schweizer Volksschule im neusten PISA-Ranking an Terrain eingebüsst hat. Bildungsfachleute sehen die Ursache des Abstiegs primär in der Umstellung auf ein computerbasiertes Testverfahren mit ungewohnten Testabläufen. Dies mag bis zu einem gewissen Grad zutreffen, doch die äusserst bescheidenen Resultate im Bereich der deutschen Sprache erklärt dies nicht. 20 Prozent Schulabgänger, die nur über rudimentäre Deutschkenntnisse verfügen, sind ein unübersehbares Alarmzeichen.

Erstaunlicherweise ziehen weder die Schweizer Erziehungsdirektorenkonferenz noch viel zitierte Bildungsforscher den Schluss, dass das Resultat auch in einem Zusammenhang mit einzelnen Schulreformen stehen könnte.

Ausgehend von einigen grossen Pädagogischen Hochschulen sind längst vor der Einführung des neuen Lehrplans bewährte didaktische Konzepte abgewertet und neue umstrittene Lernformen eingeführt worden. Trainieren und Üben im Bereich des Spracherwerbs gelten als wenig effizient und mit dem gemeinsamen Klassenunterricht hat die moderne Didaktik ihre liebe Mühe.

Das von der EDK deklarierte Ziel, den Anteil der Schüler mit ungenügenden Deutschkenntnissen in den nächsten Jahren zu halbieren, ist begrüssenswert.

Damit dies gelingt, erwarten wir aber, dass ohne bildungspolitische Scheuklappen nach den wahren Ursachen gesucht wird.

Komitee «Lehrplan vors Volk»

Trojaner aus Berlin: Der „Digitalpakt#D“

[Gesellschaft für Bildung und Wissen e. V.](#)

Veröffentlicht am 02.11.16 | Burchardt, Matthias | Lankau, Ralf

Im Oktober 2016 hat Bundesbildungsministerin Johanna Wanka einen Digitalpakt angekündigt. 40.000 Schulen in Deutschland sollen in den nächsten fünf Jahren mit Computern und WLAN ausgestattet werden. Der Bund stelle dafür bis 2021 fünf Milliarden Euro zur Verfügung. Was positiv klingt – 5 Milliarden Euro für Schulen – erweist sich als trojanisches Pferd. Was statt Investitionen in IT-Infrastruktur und Hardware zu fordern ist:

Sieben Forderungen

1. Schulen und Hochschulen in Deutschland sind Bildungseinrichtungen in humanistischer und demokratischer Tradition. Sie sind vom Menschen her zu denken, nicht von technischen Systemen und deren Entwicklungszyklen. Nötig sind mehr Lehrkräfte, Mentoren, Tutoren, nicht Hardware.
2. Medien und Medientechnik im Unterricht sind Werkzeuge im pädagogischen bzw. (fach-)didaktischen Kontext. Es sind mögliche Hilfsmittel, um Unterricht und Lernen zu unterstützen. Über den sinnvollen Einsatz von Lehrmedien entscheiden Lehrkräfte aufgrund ihrer Ausbildung und gemäß dem Grundrecht der Lehr- und Methodenfreiheit selbst.
3. Weder Lehrkräfte noch Schülerinnen oder Schüler dürfen verpflichtet werden, Geräte der Medien- bzw. Unterhaltungselektronik wie Tablets, Smartphones u. ä. im

- Unterricht einzusetzen. Jedes Kind muss ohne Nutzung elektronischer Geräte am Unterricht teilnehmen und Hausaufgaben machen können, ohne benachteiligt zu werden.
4. Daten von und zwischen Schulen und Schülern dürfen weder aufgezeichnet noch für Lernprofile ausgewertet werden. Schülerinnen und Schüler sind juristisch minderjährige Schutzbefohlene, deren Daten nach deutschem Recht geschützt werden müssen. Hier besteht gesetzgeberischer Nachholbedarf noch vor technischen Konzepten.
 5. Bildschirmmedien sind aus Sicht von Kinderärzten, Kognitionswissenschaftlern, Vertretern der Medienwirkungsforschung und der Pädagogik in den ersten Schuljahren nicht lernförderlich. Daher müssen KiTas und Grundschulen in der direkten pädagogischen Arbeit IT-frei bleiben.
 6. Die entscheidende Medienkompetenz für Bildungschancen wie -gerechtigkeit sind die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Investitionen in diese Kulturtechniken und eine intensive Leseförderung sind für Bildungsbiografien nachhaltig und emanzipatorisch.
 7. Medientechnik im Unterricht ist immer aus pädagogischer Perspektive zu hinterfragen und zu beurteilen: ob und ggf. wann sie altersangemessen eingesetzt werden kann, nicht muss.

Entwertung der Lehrkräfte und der Sozialgemeinschaft

Im „Gegenzug für die finanzielle Unterstützung“ werden Zugeständnisse eingefordert, die einen massiven Eingriff in das Berufsbild und das Selbstverständnis des Unterrichtens bedeuten. Lehrerinnen und Lehrer sollen z.B. für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht ausgebildet werden. Das verkürzt auf digitale statt allgemein „Medien im Unterricht“. Zugleich wird Digital- als Medientechnik im Unterricht verpflichtend vorgeschrieben, was ein direkter Eingriff in die Lehr- und Methodenfreiheit der Lehrenden ist. Es wird dabei weder nach Alter, Schulformen noch Lehrinhalten differenziert, was aus pädagogischer wie entwicklungs- oder lernpsychologischer Sicht nur defizitär zu nennen ist.

Die Aufgabe, Konzepte für einen „digitalen Unterricht“ zu entwickeln, verkennt bereits im Grundsatz, dass es weder „digitalen Unterricht“ noch „digitale Bildung“ gibt. Der Begriff Unterricht verweist zwingend auf Lehrende und Lernende. Bildung ist zwingend an eine Person gebunden, nicht an technische Speicherformate. Wer für das Bundesministerium für Wissenschaft formuliert, sollte semantisch korrekt unterscheiden zwischen „digitale Medien im Unterricht“ und Selbstlernphasen mit digitalen, genauer: elektronischen Geräten und Medien.

Zu unterscheiden ist weiter zwischen Offline- und Onlinemedien, wobei für Onlinemedien der permanente Rückkanal und das Speichern und Auswerten aller Daten (Stichwort Big Data Mining) charakteristisch ist. Die psychometrische Vermessung des Menschen und kleinteilige Lernstandskontrollen sind die Basis für das sogenannte „individualisierte und personalisierte Lernen“: Algorithmen berechnen die nächsten Aufgaben mit Hilfe von Mustererkennung und Statistik. De facto wird der Mensch selbst zum Datensatz. Die fehlenden Datenschutzbestimmungen beim Sammeln und Auswerten dieser Daten machen den Einsatz dieser Techniken für Schulen ebenso ungeeignet wie das zugrundeliegende Konzept der „digital gesteuerten Produktion von Humankapital mit evaluierten Kompetenzen“. Und nicht zuletzt: Das individuelle Arbeiten an Lernstationen vereinzelt und löst die Klassen- als Sozial- und Solidargemeinschaft auf. Sozial isoliert aber wird der Mensch anfällig für Einflussnahmen – und sei es durch eine Computerstimme.

Wer die Einigung auf gemeinsame technische Standards und die Wartung bzw. den Betrieb der digitalen Infrastruktur ins Pflichtenheft der Lehrerinnen und Lehrer schreibt, verkennt die Komplexität der Aufgabe. Ein Beispiel: Seit 2009 wird an der Software für das

„Dialogorientierte Serviceverfahren“ gearbeitet, das bundesweit die Vergabe der zulassungsbeschränkten Studienplätze einheitlich regeln soll. Das System hat bis heute 15 Mio. Euro gekostet. 2016 sind 19% der Studienplätze über diese Plattform verfügbar. Bei diesem System geht es „nur“ um ca. 4000 Studiengänge an 426 Hochschulen. Die Koordination technischer Systeme an 40.000 Schulen bundesweit dürfte aufwendiger sein.

Lernfabrik 4.0 – Behaviorismus statt Bildung

Der „Digitalpakt#D“ ist Teil einer Neudefinition von Schule und Unterricht auf dem Weg zu einer zunehmend vollautomatisierten, digital gesteuerten „Lernfabrik 4.0“. Lehrkräfte werden zu Sozialcoaches und Lernbegleitern degradiert. Statt Unterricht ist die automatisierte Belehrung durch Computerprogramme und Sprachsysteme das Ziel. Diese Konzepte kommen nicht aus der Pädagogik, sondern aus der Kybernetik und dem Behaviorismus. Die Konzepte sind nicht neu, es ist das „programmierte Lernen“ der 1960er Jahre, nur mit aktueller Rechnertechnologie und Big Data Mining als Kontroll- und Steuerungsinstanz im Hintergrund. Es sind keine Schulen, sondern webbasierte, algorithmisch berechnete Lernkontrollscenarien. Wohlhabende Amerikaner, darunter die meisten Führungskräfte aus dem Silicon Valley, schicken ihre Kinder daher auf Schulen mit realen Lehrkräften und unterbinden so, dass ihre Kinder automatisiert von Software und Sprachsystemen beschult werden. „Internetkonzerne und Geheimdienste wollen den determinierten Menschen.“ schrieb EU-Präsident Martin Schulz schon 2014. „Wenn wir weiter frei sein wollen, müssen wir uns wehren und unsere Politik ändern.“ Das gilt besonders für die Bildungspolitik, die sich von der Fixierung auf Digitaltechnik lösen und sich wieder den Menschen und ihren Lern- und Bildungsprozessen zuwenden muss, damit auch die kommenden Generationen eine humane und demokratische Zukunft haben.

P.S. Die Frage der Digitalisierung stellt sich bei berufsbildenden Schulen anders. Auszubildende sind junge Erwachsene, denen ein höheres Maß an Medienmündigkeit zugetraut und zugemutet werden kann. Diese Schulen müssen technologisch auf dem neuesten Stand sein, um berufsqualifizierend und praxisnah ausbilden zu können.

Eine Maßnahme zur Verdummung

Deutschlandradio Kultur – Interview, 12.10.2016 13:10 Uhr, Moderation: André Hatting

Der Neurowissenschaftler und Hirnforscher Manfred Spitzer kritisiert den geplanten "Digitalpakt" für Schulen

Johanna Wankas Initiative zur stärkeren Digitalisierung an den Schulen sei ein Skandal, urteilt der Neurowissenschaftler Manfred Spitzer. Diese Maßnahmen würden zu einer Verdummung der Schüler und zu einer "Bildungskatastrophe" führen, warnt er.

"Das ist eine Verdummungsmaßnahme". So lautet das vernichtende Urteil des renommierten Neurowissenschaftlers Manfred Spitzer zu der von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka angekündigten Initiative zur digitalen Bildung an Schulen.

Wer fünf Milliarden Euro ausgeben wollen, müsse erst einmal beweisen, dass diese Investition tatsächlich eine Verbesserung mit sich bringe, sagte Spitzer im Deutschlandradio Kultur. Er verwies auf zahlreiche, bereits vorhandene wissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Thema:

"Es gibt keinerlei Anhalt – außer dem Wunschdenken -, dass das eine Maßnahme ist, die uns weiter bringt. Ich schlage doch in der Medizin auch nicht eine Operationsmethode vor,

bei der bislang alle gestorben sind. Bevor nicht die neue Therapie nachweislich besser ist als das Alte, was wir schon haben, würden wir niemals fünf Milliarden für die neue Therapie ausgeben. Genau das schlägt Frau Wanka gerade vor."

"Das Wichtigste am Unterricht ist ein guter Lehrer"

Dieser Vorschlag sei ein Skandal, kritisierte Spitzer, der zahlreiche Bücher über die Gefahren digitaler Mediennutzung verfasst hat, etwa den Bestseller "Digitale Demenz". Die Umsetzung von Wankas Ideen werde in eine "Bildungskatastrophe" münden, warnt er:

"Der Lehrerverband hat vollkommen recht. Solange wir wissen: Das Wichtigste am Unterricht ist ein guter Lehrer – dann kann man mit fünf Milliarden noch ein paar Lehrerstellen schaffen. Und solange bei uns sogar der Unterricht ausfällt, weil kein Lehrer da ist, kann man fünf Milliarden sehr gut für Bildung anlegen. Wenn man dafür Geräte kauft, dann sind die in drei Jahren veraltet oder kaputt. Und das Geld ist vertan. Und diejenigen, die es angewendet haben, sind auch noch dümmer geworden."

"Menschen downloaden nicht" - Lernen ist geistige Arbeit

Wo liegen die Gründe für diesen nach Spitzers Auffassung ablaufenden Verdummungsprozess durch digitale Medien? Lernen bedeute letztlich, dass man sein Gehirn benutzen müsse, machte der Hirnforscher aus neurowissenschaftlicher Sicht deutlich. Lernen bedeute eben vor allem geistige Arbeit:

"Menschen downloaden nicht, sondern sie beschäftigen sich mit etwas. Und je tiefer, je intensiver sie sich mit etwas beschäftigen, desto mehr bleibt hängen. Ein Computer hat einen Chip, der verarbeitet Informationen. Unser Gehirn hat einfach nur Nervenzellen. Und die verarbeiten Informationen. Und dadurch, dass sie das tun, ändern sich die Verbindungen zwischen ihnen. Und das ist der Speicher. Wenn ich Informationsverarbeitung nicht im Gehirn, sondern im Computer betreibe, hat das Gehirn nichts gelernt."

Lehrplan 21: Apple steht in den Startlöchern

Marianne Wüthrich in Zeit-Fragen vom 9.6.2015

Im Kanton Solothurn läuft seit letztem Sommer ein Schulversuch namens «myPad», «wie es ihn in der Schweiz noch nicht gegeben hat». In zwölf Klassen von der 3. bis zur 6. Primarklasse erhielten alle Schüler und Lehrer einen eigenen Tablet-Computer. Aber es geht noch weiter: In Adliswil wurden sogar drei Kindergärten mit jeweils zwei iPads ausgerüstet. Die Geräte werden den Kindern «während des Freispiels» zur Verfügung gestellt – als zusätzliche Möglichkeit neben den herkömmlichen Spielen. Sogenannte Experten beteuern: «iPads im Kindergarten sind sinnvoll».

(<http://www.20min.ch/digital/dossier/apple/story/23783755>)

Sinnvoll für wen? Auf jeden Fall für Hardware- und Software-Produzenten aller Art. So warb Apple in den USA bereits vor 3 Jahren für «Interaktive Grafiken und Videos statt trockener Bücher». («Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 19.1.2012) In der Schweiz ist der Verkaufs-Hit nun mit einiger Verspätung angekommen, pünktlich zur geplanten «Umsetzung» des unsäglichen Lehrplans 21. Naja, dieses Milliarden-Geschäft will sich ja keine Computer-Firma entgehen lassen ...

Die Pädagogische Hochschule (PH) Zürich jedenfalls kommt den IT-Multis freundlich entgegen, indem sie bereits Weiterbildungskurse für den Einsatz von iPads in Kindergarten und Unterstufe anbietet.

Es ist an uns Eltern und Lehrern, solchem Treiben ein Ende zu setzen. Laufende oder schon eingereichte Volksinitiativen in den Kantonen Aargau, Baselland, Schwyz, St. Gallen, Thurgau, Zürich und Solothurn und geplante in weiteren Kantonen geben der Bevölkerung die Möglichkeit, die Einführung des Lehrplans 21 zu verhindern.

Wozu wissen? Lieber googeln!

Neue Zürcher Zeitung vom Mi, 05.10.2016, Meinung & Debatte

Ein Mausclick genügt, und die Welt ist auf unserem Bildschirm. Doch Fakten erklären nichts. Wir müssen sie zum Reden bringen. Dazu braucht es Wissen. Und das kann man nicht auf Festplatten speichern. Von Thomas Ribi

Wie viel Grad hat ein rechter Winkel? 30, 45, 60 oder 90? Lachen Sie nicht! Die richtige Antwort ist 100 Euro wert. Jedenfalls beim Fernsehquiz «Wer wird Millionär?». Und wenn Sie fünfzehn Fragen später wissen, wem die Welt den Satz «Ich denke, also bin ich» verdankt, gewinnen Sie vielleicht sogar eine Million. Zugegeben, ganz so einfach geht's dann doch nicht. Denn zwischenhinein gibt es richtig fiese Fragen: Heisst «Video» «Ich rieche», «Ich lache», «Ich weine» oder «Ich sehe»? Findet man einen Kalmus bei der IAA, im Schuhgeschäft, an einem See oder in der Nationalgalerie? Und ist Wolfgang Schreyer ein Schriftsteller, ein Sänger oder ein Physiker? Da braucht es schon ein bisschen mehr, um sich das wohlwollende Kopfnicken von Günther Jauch und ein paar Euro zu verdienen.

Nur, was braucht es denn eigentlich? Wissen? Aber was heisst das? Und ist es tatsächlich Wissen? Oder nur Versatzstücke von Wissen? Was man früher als Bildung bezeichnete, stellt das Konzept der Sendung jedenfalls schon damit infrage, dass es keinen Kanon gibt. Wichtig und unwichtig, bedeutend und unbedeutend gibt es nicht. Alles wird gleich behandelt. Vom Göttervater Zeus geht es über Schalke 04 zum Mayonnaise-Rezept, von da über ein Goethe-Zitat zur Trennung von Angelina Jolie und zum Nahostkonflikt. Alles schön kompakt. Als Antwort reicht ein Wort. Ob ich wirklich nur dann bin, wenn ich denke, spielt genauso wenig eine Rolle wie die Frage, wie ein rechter Winkel definiert ist. Hauptsache, das Stichwort stimmt. Der Zuschauer staunt, was man alles wissen kann, und lehnt sich beruhigt zurück, weil man das alles gar nicht wissen muss. Um aufs Gaspedal zu drücken, brauche ich schliesslich keine Ahnung zu haben, was ein Turbolader ist, um den Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen, nützt es wenig, wenn ich Schillers «Bürgschaft» auswendig kann, und die ganze Philosophiegeschichte von Platon bis Wittgenstein bringt mich beim Ausfüllen der Steuererklärung keinen Schritt weiter. Also, was soll's?

Was man wissen kann

Wissen, so legt das Fernsehquiz nahe, ist etwas für Zirkuskünstler, nicht für den Alltag. Ein Luxus, ein Spass, der sportliche Bedürfnisse befriedigt, im besten Fall ein bisschen Prestige bringt, praktisch aber kaum verwertbar ist. Genau das reden uns auch Bildungsfachleute und Politiker ein. Und zwar mit Erfolg. Was heute zähle, sei nicht Wissen, sondern Kompetenz, lautet ihr Mantra. Gefragt sei nicht Bildung, verlangt seien konkrete Fähigkeiten. Wissen, das klingt nach bildungsbürgerlichem Dünkel. Es verbreitet Modergeruch, steht im Ruf, tot, nutzlos und elitär zu sein. Ein Ballast, mit dem man sich verbaut, was in Wirtschaft und Gesellschaft Erfolg verheisst: Tatkraft, Risikobereitschaft, Entscheidungsfreudigkeit. Die Welt gehört nicht dem, der weiss, sondern dem, der kann. Was man lernt, muss direkt anwendbar sein. Und wenn man etwas wissen muss: Google macht's leicht. Ein paar Mausclicks genügen, und man hat das Wissen der ganzen Welt auf dem Bildschirm. Darum sollen Schüler und Studenten kein unnötiges Wissen anhäufen. Son-

dem lernen, wie man sich Wissen beschafft. Von dieser Haltung ist auch der Lehrplan 21 durchdrungen.

Ein erstaunliches Credo für eine Gesellschaft, die sich als Wissensgesellschaft bezeichnet und Bildung als wichtigsten Rohstoff preist. Die Wissensgesellschaft scheint nicht auf Menschen angewiesen zu sein, die etwas wissen. Und Wissen ist offenbar auf Festplatten und Servern besser aufgehoben als in den Köpfen. Die müssen frei sein für Wichtigeres. Für das lebenslange Lernen zum Beispiel. Dazu sind wir ja verpflichtet. Auch das bläut man uns unablässig ein. Doch was wir lebenslang lernen sollen, bleibt schleierhaft. Zwar ist da dann plötzlich von Wissen die Rede. Von Wissen allerdings, das nicht viel wert ist. Denn, auch das gehört ins Repertoire bildungspolitischer Sonntagsreden: Nichts veraltet heute so rasch wie Wissen. Es ist überholt, bevor es sich gesetzt hat. Was uns laufend in den Händen zerrinnt, ist allerdings meist angewandtes Wissen. Fertigkeiten, neudeutsch «Skills». Das Wissen, das dahintersteht und die Grundlagen dafür liefert, ist selbst heute meist viel beständiger. Doch das spielt keine Rolle, wenn es darum geht, zu rechtfertigen, dass man Wissen nicht haben, sondern nur verwalten muss. Und dass sich der Rest von selber ergibt.

Nur, ist das, was auf Festplatten und in Datenbanken gespeichert ist, wirklich Wissen? Die Frage stellt kaum jemand. Dabei ist sie zentral. Und die Antwort heisst: nein. Was in Computern verwahrt wird, ist nicht Wissen, sondern Information. Worte, Zahlen, Bilder. Eine unüberschaubare Flut von Daten. Damit daraus Wissen entsteht, müssen die Daten gesichtet, nach sinnvollen Kriterien geordnet, klug ausgewählt, gewichtet und interpretiert werden. So interpretiert werden, dass sie in einer sinnvollen Beziehung stehen zu den Problemen, die wir lösen wollen. Wissen ist mehr als eine Ansammlung von Daten. Und mehr als Information. Wissen heisst erkennen. Heisst, Informationen zu einer konsistenten Beschreibung der Realität verknüpfen. Dank Information finden wir uns in der Welt zurecht. Wissen hilft uns, die Welt zu verstehen.

Daten geben keine Antworten. Sie sprechen auch nicht für sich, sondern müssen zum Reden gebracht werden. Und zwar von uns. Wir können die Antworten auf unsere Fragen nicht pfannenfertig aus Datenbanken abgreifen. Wir müssen sie uns erarbeiten. Indem wir die richtigen Fragen stellen. Indem wir Informationen auswerten, sie mit anderen Informationen verknüpfen, mit dem eigenen Vorwissen abgleichen. Indem wir abwägen, kombinieren, Analogien bilden, Hypothesen wagen, Schlüsse ziehen. Auch wenn uns intelligente Prozessoren mehr und mehr dabei helfen: Entscheiden, verstehen, Sinn stiften, das kann und darf uns niemand abnehmen, wenn wir trotz immer intelligenteren Computern Herr im Haus bleiben wollen.

Genau dafür brauchen wir Wissen. Wissen, das Orientierung schafft, das uns hilft, Unwesentliches von Wesentlichem zu unterscheiden, und uns das vermittelt, was man etwas altertümlich als Weltverständnis bezeichnen könnte. Niemand kann überall Experte sein, wo er sich bewegt und Entscheide fällen muss. Doch das war vor hundert Jahren nicht anders. Und dass Wissen nie abgeschlossen sein kann, ist weiss Gott nicht erst seit gestern bekannt. Daraus den Schluss zu ziehen, dass man den Erwerb von Wissen auf ein erträgliches Minimum beschränken soll, blieb einer Gesellschaft vorbehalten, die vor lauter wirtschaftlichen, politischen und sozialen Sachzwängen den Kurs verloren hat.

Was man wissen muss

Natürlich sind Bildungsentwürfe nicht in Stein gemeisselt. Selbstverständlich verlangt die rasch fortschreitende Digitalisierung zum Teil nach anderen Fähigkeiten als eine Zeit, in der Schüler auf Schiefertafeln schrieben und Ingenieure mit Rechenschiebern hantierten. Nur, wo Wissen fast explosionsartig zunimmt – auch das gab es schon früher –, da braucht es Distanz. Wer verstehen will, muss einordnen. Das ist weder mit rein funktiona-

lem Wissen noch mit plattem Lexikonwissen möglich. Und oft ist gerade das Wissen, das in einer auf unmittelbaren Nutzen ausgerichteten Sicht als unwesentlich gilt, entscheidend, wenn es darum geht, ein Problem aus ungewohnter Perspektive zu betrachten. Eine Zeile aus einem Celan-Gedicht kann dem Denken eine neue Richtung geben, auch wenn es um Mikroprozessoren geht. Und Thukydides' Analyse des Peloponnesischen Kriegs lehrt mehr über das Wesen politischer Macht als die «Tagesschau». Wer «Ich denke, also bin ich» sekundenschnell mit «Descartes» quittiert, punktet vielleicht beim Tischgespräch oder gewinnt ein Quiz. Wem der Satz die Grundlegung der menschlichen Erkenntnisfähigkeit bewusstmacht, wird seine Arbeit mit dem kritischen Abstand tun, der ihm erlaubt, in etwas, das alle sehen, das Verborgene zu erkennen, das auf neues Terrain führt. Er versteht ein bisschen mehr von der Welt. Und das heisst auch: Er denkt selbstbestimmter und entscheidet autonomer.

EVP- Delegierte sagen ja zur Volksinitiative für nur eine Fremdsprache an der Primarschule

Nach einer lebhaften einstündigen Diskussion haben die Delegierten der EVP des Kantons Zürich mit 31 zu 23 Stimmen die Ja-Parole für die Volksinitiative „Mehr Qualität – nur eine Fremdsprache an der Primarschule“ beschlossen.

Der grosse Aufmarsch an der Delegiertenversammlung in Zürich liess bereits ahnen, dass die Spracheninitiative die Gemüter bewegte. Und so war es denn auch. Nach einer je zehnminütigen Präsentation mit den Pro- und Kontrastandpunkten eröffnete Präsident Johannes Zollinger die Diskussion.

Bei den Befürwortern der Initiative meldeten sich zahlreiche Lehrpersonen mit engagierten Voten. Es wurde daran erinnert, dass die EVP vor zehn Jahren bei der ersten Initiative federführend war und ein Kurswechsel um 180 Grad nicht sehr glaubhaft wirken würde. Im Gegensatz zu damals habe man nun klare Fakten, die zeigen, wie wenig effizient das frühe Sprachenlernen sei. Wenn bloss ein Drittel die bescheidenen Bildungsziele am Ende der sechsten Klasse im Französisch erreichten, stelle das dem aktuellen Sprachenkonzept ein schlechtes Zeugnis aus.

Ein Sekundarlehrer erinnerte an die vielen Schüler, die mit dem allzu frühen Lernen zweier Sprachen völlig überfordert seien und so den Schulverleider bekämen. Bildungspolitisch müsse die EVP eine verlässliche Partei sein, die ihr soziales Engagement zugunsten schwächerer Schüler konsequent fortsetze. Ein langjähriger Schulleiter wies auf die Umfrageergebnisse bei den Mittelstufenlehrpersonen zum aktuellen Sprachenkonzept hin. Diese lehnen das frühe Sprachenlernen zu achtzig Prozent ab, was bei der sonst üblichen Meinungsvielfalt der Lehrpersonen ein sehr eindeutiges Ergebnis sei. Da weder teilweiser Halbklassenunterricht noch genügend Lektionen für einen dichten Sprachenunterricht angeboten werden können, sei die Lehrerschaft ernüchtert.

Einen andern Akzent setzte eine Unterstufenlehrerin, die mit Begeisterung Englisch unterrichtet und davon sprach, dass die meisten Kinder Freude an der neuen Sprache hätten. Sie gab aber zu, dass nur ein Drittel der Kinder die Sprache mit Leichtigkeit lerne.

Von Elternseite gab es unterschiedliche Stellungen. Einige berichteten von Kindern, die wirklich Freude am Englisch hätten, andere beklagten, dass sich vor allem die Buben für ganz andere Fächer weit mehr interessierten als für eine zweite Fremdsprache.

Das Hauptargument der Initiativgegner war die Sorge um eine Zurückstufung des

Englisch. Immer wieder wurde betont, dass bei einer Annahme der Initiative der Bund intervenieren würde. Englisch würde auf die Sekundarschule verschoben, da gemäss den Vorgaben von Bundesrat Berset eine Landessprache auf der Primarschule unbedingt eingeführt werden müsse. Die heutige Jugend wolle möglichst früh Englisch lernen, da diese Sprache im täglichen Leben wirklich von Nutzen sei. Einzelne Verteidiger des Französisch hatten da einen eher schweren Stand.

Die lebhafte und faire Diskussion bewies, dass in der EVP die Bildungspolitik einen hohen Stellenwert hat. Die direkte Mitsprache in Schulangelegenheiten ist in dieser Partei tief verwurzelt. Mit dem Entscheid zur Unterstützung der Spracheninitiative hat die EVP zweifellos einen wichtigen Markstein in einer umstrittenen Bildungsfrage gesetzt.

Hanspeter Amstutz

Elegant ausgeblendete Lehrplankritik

Medienmitteilung des Komitees «Lehrplan vors Volk», 5. Dezember 2016

Der neue Lehrplan sei auf guten Wegen, hiess es in einer Medienmitteilung der Bildungsdirektion vom letzten Freitag. Es ging um eine Befragung zu den Lektionentafeln, welche den interessierten Parteien und Verbänden zur Vernehmlassung zugestellt worden war. Die Bildungsdirektion schränkte dabei die Antwortmöglichkeiten stark ein, indem nur Fragen zu den Lektionentafeln gestellt wurden.

Die Bildungsdirektion blendet in ihrer Mitteilung aus, dass über den neuen Lehrplan am Ende des nächsten Jahres eine Abstimmung stattfinden wird. Da geht es nicht nur um die Lektionentafeln, sondern um die generelle Frage, ob der Kantonsrat und in letzter Instanz das Volk noch eine Mitsprachemöglichkeit hat.

Die generelle Kritik am Lehrplan 21, die von mehreren Vernehmlassungsteilnehmern genannt wurde, fand kaum Beachtung. Mit keinem Wort wurde die mehrfach kritisierte Tatsache erwähnt, dass die kantonale Hoheit in Bildungsfragen umgangen wird, indem der von der EDK vorgelegte umfassende Lehrplan den Kantonen gar keinen Spielraum mehr lässt. Ebenso unerwähnt bleibt, dass die demokratische Mitsprache untergraben wird, indem bereits jetzt – und ungeachtet der laufenden Initiative – die Lehrmittel für den neuen Lehrplan erstellt werden.

Die Lektionentafeln spielen zweifellos eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des neuen Lehrplans. Umso erstaunlicher ist es, dass trotz einer grossen Zahl bedeutender Kritikpunkte bei den Lektionentafeln auf eine generelle Zustimmung zum Lehrplan geschlossen wird.

Gegenargumente zu verschweigen ist unserer Demokratie und Meinungsfreiheit nicht würdig. Wir hoffen, dass sich die kritischen Stimmen im Volk, die zweifellos zahlreich sind, keinen Maulkorb verpassen lassen.

Bei Fragen

Anita Borer, Kantonsrätin SVP, Vertreterin Initiativkomitee, Tel. 079 665 44 27

Andri Silberschmidt, Präsident JFZH, Stellvertreter Initiativkomitee, Tel. 079 367 58 31

«Die Opposition dürfte noch erheblich wachsen»

Tages-Anzeiger vom Mi, 07.12.2016

Leserbriefe zum Artikel « Lehrplan 21 Rückenwind für Silvia Steiner» vom 3. 12. 16

Künstlicher Rückenwind.

Regierungsrätin Steiner mag aufgrund der Vernehmlassungsantworten ein positives Fazit ziehen. Leider wurden aber nicht alle interessierten Kreise zur Vernehmlassung zugelassen: Wer nicht auf dem Verteiler war, der hat den damaligen Fragebogen nicht einmal auf Anfrage hin erhalten. Der vermeintliche Rückenwind wurde somit künstlich herbeigeführt. Dieser Umstand relativiert das Vernehmlassungsergebnis erheblich. Hoffentlich ist sich der Bildungsrat dessen bewusst, wenn er die Vernehmlassungsergebnisse diskutiert, und wertet die manuellen Fertigkeiten im Lehrplan doch noch auf.

Urs Hofstetter, Hettlingen

Selbstherrlich.

Kann mir jemand erklären, wie es kommt, dass sich Silvia Steiner von der hängigen Volksinitiative, die den Lehrplan infrage stellt, wenig beeindruckt lässt? Es steht ja im Übrigen im Kanton Zürich auch noch ein Antrag des Kantonsrats für ein Moratorium zur Einführung des Lehrplans 21 sowie die Volksabstimmung über die Regelung des Fremdsprachenunterrichts an. Würde diese vom Volk angenommen, könnte der Lehrplan 21 nicht einfach eingeführt werden. So wäre es doch ehrlicher und demokratischer, erst die Abstimmungen abzuwarten und dann weiterzuplanen. Silvia Steiner und mit ihr verschiedene übrigens auch vom Volk gewählte Bürokraten reden und tun aber so, als ob sie Alleinherrscher wären. Sie übergehen selbstherrlich den Willen des Volkes. Dieses lässt sich dann manchmal vor lauter Ehrfurcht auch noch für dumm verkaufen, wie dies im Thurgau und in Schaffhausen leider geschehen ist.

Ursula Richner, Zürich

Gros der Kinder ist überfordert.

Auch wenn zahlreiche Organisationen in der Vernehmlassung den Lehrplan 21 nicht explizit ablehnen, dürfte die Opposition noch erheblich wachsen, denn vielen Leuten ist gar nicht bewusst, was hinter dem monströsen Werk überhaupt steckt. Die Volksschule würde quasi aus den Angeln gehoben, und insbesondere wäre nachher die Chancengleichheit nicht grösser, sondern sie würde unweigerlich noch mehr abgebaut. Zwei Punkte lassen besonders staunen. Englisch wird beibehalten, Französisch sogar aufgestockt - obwohl überall der Ruf laut wird, eine der Fremdsprachen auf die Oberstufe zu verlegen, weil das Gros der Kinder klar überfordert ist. Zudem wäre es geradezu absurd, im Volksschulgesetz den vor kurzem eingefügten Handarbeitsunterricht wiederum zu streichen. Wie ging doch vor wenigen Jahren der berühmte Ruf nach Kopf, Herz und Hand durch unseren Kanton - und jetzt ist schon alles vergessen? Zum Glück stehen noch die Abstimmungen über die entsprechenden und mit grossen Unterschriftenzahlen zustande gekommenen Volksinitiativen bevor. Die erste im kommenden Mai will nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule, die andere weist den Lehrplan 21 zurück.

Hans-Peter Köhli, Zürich

11. 12. 2016

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster|info@lehrplan-vors-volk.ch|www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598 5